

# Centre Europe - Tiers Monde

Centre de recherches et de publications sur les relations entre le Tiers Monde et l'Europe

CETIM  
Rue Amat 6  
CH-1202 Genève  
Tel. +41 (0)22 731 59 63  
Fax +41 (0)22 731 91 52  
E-mail: [cetim@bluewin.ch](mailto:cetim@bluewin.ch)  
Website: [www.cetim.ch](http://www.cetim.ch)

Genf, 5. Juni 2003

Betreff : Appell an den Bundesrat, die Volksvertreter/innen und die Medien  
***Die Aggression gegen das irakische Volk ist ein Verbrechen -  
die Schweiz muss reagieren!***

## PRESSEMITTEILUNG

Der vom Centre Europe – Tiers Monde (CETIM) aus Genf unter dem Titel „Die Aggression gegen das irakische Volk ist ein Verbrechen – die Schweiz muss reagieren!“ lancierte Appell an den Bundesrat, die Volksvertreter/innen und Medien fand innerhalb weniger Wochen die Unterstützung von fast 50 regionalen und nationalen Vereinigungen, Nichtregierungsorganisationen, Parteien und Gewerkschaften und wurde von mehr als 400 Privatpersonen verschiedenster Couleur unterzeichnet – und dies alles allein auf elektronischem Weg.

Aus der Liste der Ersteren möchten wir kurz die national agierenden Vereinigungen SAH/OSEO, Brot für Alle/Pain pour le Prochain, ACAT, Comedia, E-Changer, Erklärung von Bern/Déclaration de Berne, GSoA/GSsA, VPOD/SSP sowie zahlreiche Dritte-Welt-Solidaritätsgruppen und kantonale Sektionen verschiedener Parteien und Gewerkschaften erwähnen.

Zahlreiche National-, Kantons- und Gemeinderäte, Regierungsmitglieder grosser Schweizer Städte, Verantwortliche von Menschenrechts- und Hilfsorganisationen, Universitätsprofessoren, Gewerkschaftsvorsitzende, Künstler und Geistliche, sowie viele „einfache“ Bürgerinnen und Bürger unterstützen den Appell als Einzelpersonen.

Dies zeigt, wie sehr die mehr als massvolle Reaktion des Bundesrates gegenüber dem von den englischen und amerikanischen Truppen begangenen Aggressionsverbrechen die Gewissen erschüttert. Trotz riesiger Demonstrationen der Jugend auf der Strasse, vernichtenden Meinungsumfragen und tausenden von „PACE“-Flaggen vor den Fenstern überall im Land liess sich der Bundesrat nicht in seiner Politik beirren.

Das Völkerrecht wird vor unseren Augen mit Füßen getreten und man begnügt sich damit, sein „Bedauern“ auszudrücken. Während die Grundprinzipien der UNO verleugnet werden, sein Sicherheitsrat in eine reine Approbationskammer der kriegerischen Politik der USA verwandelt wird und seine Unterorganisationen in Nebenakteure einer Re-Kolonisation der Dritten Welt, sagt man uns, dass man nichts Besseres machen könne als sich anderen Dingen zuzuwenden. Wer muss da nicht an Daladiers und Chamberlains Verhalten in München gegenüber Hitler und Mussolini nach der Annexion der Sudeten durch das dritte Reich denken?

Die Bush-Administration behandelt das „alte Europa“ wie seinen Vasallen, während man gleichzeitig die alten Liedchen über die transatlantische Freundschaft hervorkramt und die Akzeptierung vollendeter Tatsachen propagiert, vielleicht beeindruckt vom Muskelspiel Amerikas und – vor allem – bereit, alles zu tun, um zu den Jägern und nicht den Gejagten zu gehören.

Sicher, die Schweiz ist ein „kleines Land“. Aber gerade aus diesem Grund haben seine Bürgerinnen und Bürger das Recht von seiner Regierung zu erwarten, dass sie das Völkerrecht standhaft verteidigt, da dieses einziger Garant unserer Unabhängigkeit ist, wie oft betont wurde<sup>1</sup>.

Es ist gerade mal ein Jahr her, dass uns der Bundesrat dazu aufrief, dem Beitritt der Schweiz zur UNO zuzustimmen, welcher mittlerweile schon vollzogen ist. Er versprach uns, einer anderen, eigenständigen, um das Recht besorgten Stimme Gehör zu verschaffen.

Über diese grossen Prinzipienklärungen hinaus ist es heute an der Zeit, zur Tat zu schreiten und:

- formell zu erklären, dass der Angriff auf Irak in den Augen der Schweiz **„ein völkerrechtswidriges Verbrechen darstellt (Verbrechen gegen den Frieden und Verbrechen der Aggression)“**. Dass die Bombardierungen vorüber sind, ändert daran nichts: während sich die vorgebrachten Vorwände für den Angriff als pure Lügen und Manipulationen entpuppen, richtet sich der Besatzer ein und bereitet bereits neue Aggressionen vor;
- sich im Rahmen der UNO **„für die Anwendung des Völkerrechts einzusetzen“**;
- insbesondere die nicht am Krieg beteiligten Mitglieder des Sicherheitsrates zu ermahnen, **„ihr Mandat vollumfänglich wahrzunehmen, die Aggression der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens zu verurteilen und Wiedergutmachung [für den Staat, welcher Opfer dieser Aggression war,] zu verlangen.“**

Die letzte von eben diesem Rat angenommene Resolution, Nummer 1483, ist schlicht eine Schande. Im Geflecht eines verschlungenen Textes segnet sie in offenkundiger Verletzung des Textes und Geistes der Charta der Vereinten Nationen nichts weniger als die Rückkehr zum Kolonialismus ab und macht so die UNO zum Hampelmann der G8 (siehe Anhang).

Es ist ein Skandal, dass die Aggressoren nicht aufgefordert werden, sich zurückzuziehen, und dass ihnen keine Frist zum Beenden der Besetzung und zum Übergang zu einer „international anerkannten, repräsentativen Regierung Iraks“ gesetzt wurde.

Es ist nicht nur illegal, sondern auch moralisch empörend, dass der „Wiederaufbau“ dieses Landes mit seinem eigenen Erdöl bezahlt werden soll<sup>2</sup>;

- **„die internationale Gemeinschaft auf die schwerwiegenden Vorwürfe“** aufmerksam zu machen, **„welche den Vereinigten Staaten von Amerika und Grossbritannien Kriegsverbrechen zur Last legen“**, sich für die Einhaltung der Genfer Konventionen und seiner Zusatzprotokolle einzusetzen, **„im Einklang mit dem für die neue Aussenpolitik formulierten Ziel der Friedensförderung“** und schliesslich **„die Erstellung unabhängiger Studien und akademischer Forschungsarbeiten über die Vorwürfe betreffende Kriegsverbrechen seitens der Streitkräfte der Aggressorstaaten“** zu unterstützen und zu finanzieren. Die Unterstützung, welche die neue Chefin des EDA einem Forschungsprojekt zur systematischen Erfassung objektiver Informationen ist eine ausgezeichnete Initiative, die jedoch bei Weitem ungenügend bleibt.
- **„unverzüglich alle Waffenverkäufe an die Besatzerstaaten sowie jegliche militärische Kooperation mit ihnen“** einzustellen, um so mehr als der Anführer dieser Staaten die ganze Welt durch endloses Kriegführen unter dem unverständlichen und inakzeptablen Label des „Präventivkriegs“ bedroht.

(übersetzt aus dem Französischen)

---

<sup>1</sup> « Sur le plan diplomatique, la Suisse n'est inféodée à aucune puissance », Deklaration von Bundesrätin Calmy-Rey anlässlich der 2. Konferenz der Nichtregierungsorganisationen über die Schweiz und die UNO, am 29.04.03. « Nous sommes attachés aux principes et objectifs de l'ONU parce que ceux-ci correspondent à ceux qui inspirent notre ordre constitutionnel suisse et les grandes orientations de notre politique étrangère », ibidem.

<sup>2</sup> Um nur ein einziges Beispiel anzuführen: 2000 durch die Bombardierungen zerstörte Schulen bedürfen, nach eigenen Angaben der amerikanischen Administration, grosser Renovationsarbeiten. Die Iraker bezahlen, die Bush nahestehenden Unternehmungen sacken die Verträge ein.

# **APPELL AN DEN BUNDESRAT, DIE VOLKS- VERTRETER/INNEN UND DIE MEDIEN**

„Die Aggression gegen das irakische Volk ist ein Verbrechen  
die Schweiz muss reagieren!“

Die Charta der Vereinten Nationen (UNO) und die anderen völkerrechtlichen Instrumente sind – so unvollkommen sie auch sein mögen – der einzige rechtliche, politische und ethisch-moralische Rahmen für die Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Jedes einseitige Handeln ausserhalb dieses Rahmens, unter welchem Vorwand auch immer es erfolgt, stellt einen verheerenden Rückschritt zum Faustrecht und zum Gesetz des Wilden Westens dar.

Aus diesem Grund rufen die Unterzeichneten – Mitglieder der Zivilgesellschaft, nichtstaatliche Organisationen, religiöse Gemeinschaften, Akademiker, Abgeordnete und Privatpersonen – den Bundesrat auf, sich für die Anwendung des Völkerrechts einzusetzen, indem er in der UNO und insbesondere bei den nicht am Krieg beteiligten Mitgliedern des Sicherheitsrates interveniert und sie ermahnt, ihr Mandat vollumfänglich wahrzunehmen, die Aggression der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens zu verurteilen und Wiedergutmachung zu verlangen.

Wir fordern, dass die Schweiz formell erklärt, dass der Angriff auf Irak ein völkerrechtswidriges Verbrechen darstellt (Verbrechen gegen den Frieden und Verbrechen der Aggression)<sup>1</sup>, und dass sie die internationale Gemeinschaft auf die schwerwiegenden Vorwürfe aufmerksam macht, welche den Vereinigten Staaten von Amerika und Grossbritannien Kriegsverbrechen zur Last legen<sup>2</sup> (insbesondere Verletzungen des Vierten Genfer Abkommens).

Des Weiteren fordern wir, dass die Schweizerische Eidgenossenschaft unverzüglich sämtliche Waffenverkäufe an die Besatzerstaaten sowie jegliche militärische Kooperation mit ihnen einstellt. Dies erscheint geboten sowohl angesichts der Tatsache, dass die Schweiz traditionell für Frieden und internationale Abrüstung eintritt, als auch angesichts der Erklärungen, welche die US-Administration – gemäss ihrer Doktrin des „Präventivkrieges“ – im Hinblick auf künftige rechtswidrige bewaffnete Interventionen in weiteren Ländern abgegeben hat.

Als Depositarstaat der Genfer Abkommen und ihrer Zusatzprotokolle (welche das humanitäre Völkerrecht kodifizieren und Gewaltanwendung im Kriegsfall regeln) kommt der Eidgenossenschaft unseres Erachtens eine besondere Verantwortung zu, sich für ihre Einhaltung einzusetzen. Dies steht im Einklang mit dem für die neue Aussenpolitik formulierten Ziel der Friedensförderung.<sup>3</sup>

Abschliessend fordern wir, dass der Bundesrat die Erstellung unabhängiger Studien und akademischer Forschungsarbeiten über die Vorwürfe betreffend Kriegsverbrechen seitens der Streitkräfte der Aggressorstaaten unterstützt und finanziert. Diese Vorwürfe beziehen sich in erster Linie auf (absichtliche und unabsichtliche) Angriffe auf die Zivilbevölkerung und auf unabhängige Medien, die Zerstörung ziviler Infrastrukturen, den Einsatz von Waffen zweifelhafter Legalität, die unterlassene Hilfeleistung für Opfer, die Behinderung der Arbeit humanitärer Organisationen und den Verstoss gegen die Pflicht der Besatzungsmacht, die Sicherheit und Versorgung der Zivilbevölkerung zu gewährleisten.

**Wenn wir schweigen, machen wir uns zu Komplizen!**

<sup>1</sup> siehe den Appell der Völkerrechtler zur Frage des Einsatzes von Gewalt gegen Irak (der von zahlreichen international renommierten Juristen unterzeichnet wurde), abzurufen unter <http://www.sqdi.org/documents/sqdiappel.pdf> (französisch)

<sup>2</sup> siehe das von CETIM zusammengestellte Dossier zur Legalitätsfrage, abzurufen unter <http://www.cetim.ch/activ/03irak-analyse.htm>

<sup>3</sup> Aussenpolitischer Bericht 2000 des Bundesrates, abzurufen unter <http://www.eda.admin.ch/eda/g/home/recent/rep/forpol.html>

**Das komplette Dossier finden Sie unter: [www.cetim.ch](http://www.cetim.ch)**